

## FLÄCHENFRASS

## Alle müssen mitmachen

VON CHRISTIAN SEBALD

Alles ist nach der gewohnten Choreografie gelaufen. Nach einer emotionalen, teils richtig wütenden Debatte hat die CSU am Donnerstag im Landtag mit ihrer absoluten Mehrheit höchst umstrittene Änderungen des Landesentwicklungsprogramms und des Alpenplans durchgedrückt. Alles andere wäre eine Überraschung sondergleichen gewesen. Die Argumente waren seit Monaten ausgetauscht, die Standpunkte unverrückbar festgezurrert und die CSU-Mehrheit ist nun einmal so, wie sie ist.

Das Bemerkenswerte in diesen Tagen ist deshalb nicht der Schaukampf im Landtag – auch wenn die Beschlüsse den Flächenfraß und die Landschaftszerstörungen anheizen werden und deshalb viele sehr schmerzen. Das Bemerkenswerte ist das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ der Grünen, der ÖDP und der Bauernorganisationen AbL. Zum einen dürfte eine verbindliche Obergrenze für den Flächenverbrauch in Bayern, wie sie die Initiatoren fordern, das einzig wirksame Instrument gegen den Flächenfraß sein, wie immer mehr Experten sagen. Zum anderen trifft das Volksbegehren den Nerv der Menschen. Das zeigt nicht nur der große Zulauf aus der Bevölkerung. Sondern auch die hektische Ankündigung der CSU, schon sehr bald ein neues Maßnahmenbündel gegen den Flächenfraß zu präsentieren.

Deshalb sind jetzt der Bund Naturschutz und der Vogelschutzbund LBV gefordert. Wenn es den beiden großen Naturschutzverbänden in Bayern wirklich ernst ist mit ihren jahrelangen Forderungen nach einer schnellen und wirkungsvollen Eindämmung des Flächenfraßes, müssen sie sich jetzt dem Volksbegehren anschließen. Aber auch die Heimat- und Landschaftspfleger müssen endlich aufspringen. Das Argument der Verbände und Organisationen, sie seien überparteilich und wollten im anhebenden Landtagswahlkampf ihre Neutralität wahren, zählt in diesem Fall nicht. Angesichts der Ausmaße, die der Flächenfraß in Bayern inzwischen angenommen hat, muss es zurückstehen.

VON WOLFGANG WITTL

**München** – Einen lustigen Moment gibt es also doch noch in dieser hitzigen Landtagsdebatte am Donnerstag. Die Abgeordneten streiten über das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP), es geht um die Frage, ob und in welchem Maß Gemeinden künftig Gewerbegebiete in der freien Natur ausweisen dürfen. Da wirbt der CSU-Mann Walter Nussel mit einem erstaunlichen Argument für die umstrittene Erleichterung: Moderne Supermärkte brauchten schließlich Platz, sagt Nussel in Richtung der Grünen – allein schon wegen der großen Sortimente für Vegetarier und Veganer. Großes Gelächter. Der Franke Nussel, ein gestandenes Mannsbild, steht im Verdacht, im Supermarkt eher ein Kenner der Fleischwarenabteilung mit der Rubrik Bratwürste und Schäufele zu sein. Mehr gibt es im Plenum aber nicht zu lachen.

Seit Monaten spaltet die Auseinandersetzung über das LEP die Landespolitik, am Donnerstag erreicht die Debatte eine erste Zielmarke. Wie erwartet stimmt die CSU mit ihrer Mehrheit für die Reform des Landesentwicklungsprogramms. Damit eröffnet sie zugleich den Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein im Allgäu die Chance, auf dem Riedberger Horn einen Skilift zu bauen. Die umstrittene Skischaukel hat es zum Symbol schlechthin in der bayerischen Umweltpolitik gebracht: Wegen ihr sollen 80 Hektar aus der Alpenschutzzone C entnommen und stattdessen eine Ersatzfläche von 304 Hektar neu aufgenommen werden.

Tourismus contra Naturschutz, um diese Grundsatzfrage geht es. Noch vor Beginn der Sitzung demonstrieren Umweltverbände vor dem Maximilianeum mit großen Plakaten. Richard Mergner, der Landesbeauftragte vom Bund Naturschutz, spricht Stunden später von einem „schwarzen Tag für den Alpenschutz und die Lan-

desentwicklung in Bayern“. Der Deutsche Alpenverein kritisiert die Staatsregierung für „einen Präzedenzfall“, der Tür und Tor öffne für Bauvorhaben „in sensiblen und höchst schutzwürdigen Bereichen der bayerischen Alpen“. Heimatminister Markus Söder (CSU) sieht einen Einzelfall, er sagt mit Blick auf die Flächen: „Es gibt mehr Naturschutz dort und nicht weniger.“

Söder steht im Mittelpunkt der Debatte, die Opposition wirft ihm eine rücksichtslose Wirtschaftspolitik zulasten der Naturlandschaft vor. Ministerpräsident Horst Seehofer hält sich zu Sondierungsgesprächen in Berlin auf, doch auch so zöge Söder als personifizierter Heimatverschwandler, wie es ihm seine Gegner vorwerfen, die Pfeile auf sich. Oppositionspolitiker arbeiten sich an ihm ab, als wäre Söder bereits

Regierungschef, dabei will er es erst werden. Der Argumente wurden in den vergangenen Monaten genug ausgetauscht, deshalb wird es am Donnerstag mitunter sehr persönlich. Söder wolle ja nur Parteichef und Ministerpräsident werden, daher wolle er CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, einem Unterstützer des Skiprojekts, gefällig sein, sagt Florian von Brunn (SPD). Seine Parteifreundin Annette Karl wirft dem Minister vor, er sei beratungsresistent: „Das ist keine Empfehlung für einen Politiker, schon gar nicht für einen so ehrgeizigen wie Sie.“ Der Ausgleich von Wirtschaft und Natur erfordere Fingerspitzengefühl, betont Martin Stümpfig (Grüne): „Aber Fingerspitzengefühl und Markus Söder passen überhaupt nicht zusammen.“ Nur Thomas Gehring von den Grünen erfreut den

Heimatminister, wenn auch unfreiwillig. Er bezeichnet Söder versehentlich als Ministerpräsidenten.

Auch das LEP, bei dem Söder auf Druck der eigenen Fraktion den Kritikern entgegenkommen musste, stößt auf erheblichen Widerstand. Zwar darf bei der Ausweisung von Gewerbegebieten nun kein Alternativstandort vorhanden sein, auch das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden. Die Entscheidung aber obliegt den kommunalen Behörden. Söder hält der Opposition plumpe Parolen vor. Er sagt: „Wir leben doch nicht mehr im Jahr 1970, sondern 2017 – und brauchen Antworten für 2020 fortfolgende.“ Am besten wüssten die Menschen in den Gemeinden selbst, wie sie mit ihrer Natur umzugehen hätten.

Konzilianter zeigt sich der frühere CSU-Chef Erwin Huber. Er hatte als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses nach einer Anhörung von Fachleuten auf eine Entschärfung bei der Ausweisung von Gewerbegebieten gedrängt. Über das Riedberger Horn sagt Huber: „Wir wollen eine Befriedung herbeiführen.“ Seit 20 Jahren werde im Allgäu gestritten, „ein Glaubenskrieg mit verfestigten Fronten“. Die Gemeinden müssten nun Baurecht herstellen, entschieden werde aber nach Naturschutzrecht. „Wir wollen eine sinnvolle Kompromisslösung“, sagt Huber. Ob die gelingt, darüber werden dann womöglich die Gerichte entscheiden müssen. Naturschützer haben bereits eine Klage angedroht.

Enttäuscht zeigt sich der „Freundeskreis Riedberger Horn“ über die Abstimmung. Aufgegeben haben die Gegner der Skischaukel aber noch nicht. Der Widerstand gehe nun „in die entscheidende Phase“, kündigt ein Sprecher an. Vor gut zwei Wochen hatte Seehofer die Kritiker zum Gespräch in der Staatskanzlei empfangen. Ein solches soll es in Kürze noch einmal geben. Dann auch mit den Bürgermeistern der beiden Gemeinden. ▶ **Kommentar**

## Lex Balderschwang

Der Landtag verabschiedet das neue Landesentwicklungsprogramm, das Gewerbeansiedlungen erleichtert. Die CSU-Mehrheit macht damit auch den Weg frei für den umstrittenen Skilift am Riedberger Horn



Seine Gegner nennen ihn den personifizierten Heimatverschwandler, er selbst spricht von mehr Umweltschutz: Heimatminister Markus Söder.

FOTO: MATTHIAS BALK/DPA